

Zur sofortigen Veröffentlichung

Medienmitteilung

Königreich Thailand

AI gegen geplantes Panzergeschäft mit Thailand

Bern/Lausanne, 23. Mai 2003. In einem Brief an das Seco spricht sich die Schweizer Sektion von Amnesty International gegen Waffenverkäufe an Thailand aus, da die Armee regelmässig Menschenrechts-verletzungen begehe. Vor dem Verkauf von Panzern müsse die Schweiz Garantien von Bangkok verlangen, dass die Panzer nicht für Einsätze verwendet würden, die gegen die Menschenrechte verstossen.

Die Schweiz hat mit dem Königreich Thailand Verhandlungen über den Verkauf von fast 200 Panzern 68 aufgenommen. In einem Brief an das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) spricht Amnesty International (AI) deshalb die prekäre Menschenrechtssituation in Thailand an und weist darauf hin, dass die Schweiz gemäss Kriegsmaterialausfuhrgesetz vor einer Ausfuhrbewilligung die Situation in dem Land, in das die Waffen geliefert werden sollen, überprüfen müsse.

AI spricht sich im Brief klar gegen den Transfer von Material, Technologien oder Know-how für militärische oder polizeiliche Zwecke nach Thailand aus. «Es muss davon ausgegangen werden, dass Militär und Polizei sie für Einsätze verwenden werden, bei denen Menschenrechtsverletzungen begangen werden», erklärt AI.

«Die Menschenrechtssituation in Thailand ist alles andere als befriedigend», sagt AI im Schreiben an Seco-Direktor David Syz. «Es ist belegt, dass die Armee regelmässig ihre Macht missbraucht, auch wenn keine konkreten Kenntnisse über die Verwicklung von Panzern in Menschenrechtsverletzungen vorliegen.»

Gemäss dem letzten Jahresbericht von AI wurden in Thailand im Jahr 2001 72 Menschen zum Tode verurteilt und 10 mit Maschinengewehrsalven hingerichtet. Sieben von ihnen waren wegen Drogendelikten verurteilt worden. Nach Angaben eines regionalen Polizeichefs wurden hunderte von mutmasslichen Drogenhändlern von «Todesschwadronen» erschossen, die mit Unterstützung der Polizei operieren. Angehörige des Minderheitenvolkes der Karen, die aus dem Nachbarland Burma (Myanmar) geflüchtet und in Thailand um Asyl nachgesucht hatten, wurden 2001 von der Armee teilweise gewaltsam über die Grenze nach Burma abgeschoben, wo sie von der Armee ihres Heimatlandes getötet wurden.

Angesichts derartiger Missstände fordert AI, dass die Schweiz von der thailändischen Regierung genaue Informationen über die definitive Destination und den Einsatz der Panzer 68 verlangt. «Bevor eine Exportbewilligung erteilt wird, muss die Schweiz von den Behörden in Bangkok die Garantie erhalten, dass die Panzer nicht für Einsätze verwendet werden, die den internationalen Normen der Menschenrechte widersprechen», betont AI.

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung, die für die Förderung und Verteidigung der fundamentalen Menschenrechte arbeitet. Unabhängig und unparteilich, zielen ihre Aktionen auf schnellste und wirksame Hilfe für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen.

Die Aktivitäten der Organisation sind nur durch ihre Mitglieder und mit privaten Spenden finanziert.

**Friedensnobelpreis
1977**

Amnesty International est une organisation mondiale, oeuvrant à la promotion et à la défense des droits humains fondamentaux. Indépendante et impartiale, Amnesty International fonde son action sur la rapidité et l'efficacité de l'aide aux victimes des violations des droits de la personne.

Ses activités sont financées par ses seuls membres et par des dons privés.

**Prix Nobel de la Paix
1977**

Seite 2
Ende der Medienmitteilung

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle in Bern:
Tel. 031 307 22 22, Natel 079 379 80 37 oder E-Mail presse@amnesty.ch.
www.amnesty.ch; www.amnesty.org, www.news.amnesty.org